1124/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 15.10.2026
Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Hermann Brückl, MA
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Schluss mit politischer Schattenfinanzierung: Transparenz bei Nebenbeschäftigungen schaffen**

In seinem Bericht betreffend „Ausgewählte Leistungen der Bundesministerien im Zusammenhang mit politischen Parteien“ (Reihe BUND 2026/31)[1] hält der Rechnungshof fest:

> „*dass das Bildungsministerium, das Justizministerium und das Verteidigungsministerium nur einen unvollständigen bzw. keinen Überblick über die Nebenbeschäftigungen ihrer Bediensteten hatten. Er verwies dazu auf seine Feststellungen und Empfehlungen im Bericht ‚Nebentätigkeiten und Nebenbeschäftigungen‘, alle Nebenbeschäftigungen automationsunterstützt zu erfassen*.“[2]

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:
„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, wird aufgefordert, sämtliche Nebenbeschäftigungen und die für ihre Beurteilung wesentlichen Informationen – insbesondere Inhalt, Beginn und Ende, Ausmaß, Einkünfte – zentral und vollständig automationsunterstützt zu erfassen, um einen gesamthaften Überblick über die gemeldeten Nebenbeschäftigungen zu ermöglichen.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Bildungsausschuss zuzuweisen.

---

1 https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2026_31_Ausgewaehlte_Leistungen_Bundesministerien.pdf (aufgerufen am 05.10.2026)
2 Ebd., S. 87

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.